

Abstimmungsergebnisse Ortsbegehung 24.04.2020, 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Herr Amos (RP Darmstadt), Frau Thurm (PGNU):

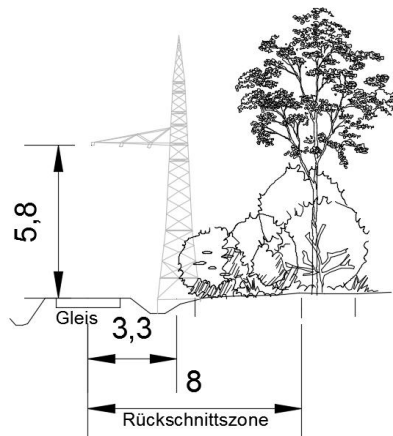
1. Rückschnittszone im Wald

Herr Amos: „Die obere Forstbehörde stellt klar, dass ein dauerhaft freizuhaltender Sicherheitsstreifen nicht mehr als Wald im Sinne des Hessischen Waldgesetzes anzusehen ist. Für diese Flächen ist ein forstrechtliches Verfahren nach § 12 HWaldG durchzuführen. Für die Waldverluste sind flächengleiche Ersatzaufforstungen nachzuweisen.

Eine forstrechtlich andere Bewertung kann sich ergeben, wenn die Flächen nicht dauerhaft vom Bewuchs freigehalten, sondern als naturnaher Waldrand gestaltet werden. Hierbei sind standortgemäße Waldrandsträucher zu verwenden. Durch die Bäumen gegenüber geringere Wuchshöhe wäre die Oberleitung gesichert. Für diese Maßnahme ist die Einverständnis des Waldbesitzers einzuholen. Privatrechtliche Vereinbarungen sind zu treffen.“

Bei einem dauerhaft freizuhaltendem Sicherheitsstreifen müsste für ca. 3,5 ha eine Ersatzaufforstungsfläche gefunden werden. Da Aufforstungsflächen rar sind, würde die Suche über die Forstreviere und die HLG zum Einen sehr lange dauern, die Fläche würde vermutlich nicht in der Region liegen, sondern weiter entfernt und somit der Eingriff nicht ortsnah ausgeglichen und eine Ersatzaufforstung ist in der Regel sehr teuer (Aufforstung erfolgt auf Wiesenfläche – Bodenherstellung, Pflanzenkauf, Pflanzabreiten, 5 Jahre Pflege).

Der alternative Vorschlag von Herrn Amos wäre, im Rückschnittsbereich einen gestuften Waldrand aufzubauen mit Gehölzen, die eine vorgegebene Wuchshöhe nicht überschreiten und diesen Waldrand alle 5 Jahre abschnittsweise (jeweils nicht mehr als 20 %) auf-den-Stock zu setzen.



Somit wäre die Fläche als temporäre Waldumwandlung in der Waldflächenbilanz darzustellen. Eine Ersatzaufforstung würde dann entfallen.

Die Herstellung eines gestuften Waldrandes wäre zudem gleichzeitig die ebenfalls von Herrn Baacke geforderte Maßnahme zur Sicherung des Waldrandes.

2. Bestätigung der Walderhaltungsabgabe für den dauerhaften Verlust von ca. 0,2 ha Eichengehölze am zweigleisigen Ausbau gemäß der Darstellung im Anhang V Waldflächenbilanz des LBP

Herr Amos: „Für die Waldrodung ist grundsätzlich eine flächengleiche Ersatzaufforstung zu leisten. Sollte dies nachweislich nicht möglich sein, z. B. weil geeignete Flächen nicht zur Verfügung stehen, kann ersatzweise eine Walderhaltungsabgabe festgesetzt werden.

(als diesbezüglichen Nachweis reicht es aus, dass Nachfragen beim Forstamt ergaben, dass entsprechende Möglichkeiten nicht vorhanden sind).“

Herr Amos bestätigt hier die Aussage des zuständigen Forstamtes zur Erhebung einer Walderhaltungsabgabe für die dauerhafte Waldumwandlung. Weitere Ersatzaufforstungsflächen müssen nicht gesucht werden. Der Mailverkehr der erfolgten Anfragen bei den betroffenen und angrenzenden Forstämtern Weilrod und Königstätten sowie der Gemeinde Wehrheim werden dem Antrag beigelegt.

Alle temporär und dauerhaft beanspruchten Forstflächen sind in einem detaillierten Plan darzustellen und entsprechend zu bilanzieren.